

AFGHAN:INNEN BRAUCHEN UNSERE SOLIDARITÄT

Bayerischer Flüchtlingsrat, weitere Organisationen und Einzelpersonen veröffentlichen Offenen Brief an Bayerns Innenminister Herrmann

Heute, am Morgen des 24.08.2021 überreichen Vertreter:innen des Bayerischen Flüchtlingsrats einen Offenen Brief ans Bayerische Innenministerium, worin Solidarität und schnelle Hilfe für Menschen in Afghanistan gefordert wird.

Den Brief unterzeichneten innerhalb nur weniger Tage 47 Organisationen und aktuell 221 Einzelpersonen in Bayern. Der Brief erhebt vier zentrale Forderungen:

- **Bayerisches Landesaufnahmeprogramm**
Die Einrichtung eines bayerischen Landesprogramms zur Aufnahme von gefährdeten Personen aus Afghanistan, wie es z.B. Schleswig-Holstein, Berlin und Thüringen schon angekündigt haben.
- **Rückholung von in Bayern lebenden Afghan:innen und besonders bedrohten Menschen**
Eine schnelle und unbürokratische Aufnahme von Afghan:innen mit Aufenthaltstiteln aus Bayern sowie gefährdeten Personen mit Bezug zu Bayern. So z.B. die Schwestern eines Afghanen in München, die als Journalistin bzw. Medizinerin besonders gefährdet sind, oder die Schwägerin eines anderen Afghanen, die als Staatsanwältin in Kandahar tätig war und Verfahren gegen die Taliban geführt hat.
- **Vereinfachte Einreise zum Familiennachzug und zur Ausbildungs- und Arbeitsaufnahme**
Eine vereinfachte Aufnahme von Familienangehörigen und Personen, die auf ein Arbeits- oder Ausbildungsvertrag warten. Vermutlich kann nur ein Bruchteil der gefährdeten Personen über den Flughafen evakuiert werden. Viele weitere Personen haben schon Anträge auf Visa gestellt, warten aber seit Jahren auf einen Botschaftstermin. Andere sind für die Wiedereinreise noch gesperrt. Bayern kann auf eine Aufstockung des Botschaftspersonals hinwirken, die Sperrung der Wiedereinreise aufheben und sich für die schnellere Bearbeitung von Visa einsetzen.
- **Sichere Bleibeperspektive für hier lebende Afghan*innen. Arbeits- und Ausbildungsvisa erteilen**
Schließlich sollen Afghan:innen, die mit Duldung in Bayern leben, zügig in Arbeit und Ausbildung vermittelt werden. In absehbarer Zeit sind Abschiebungen unmöglich, die Ausstellung von Pässen und anderen Dokumenten eher schwierig. Entsprechend sollten alle hier lebenden Afghan:innen möglichst in Arbeit und Ausbildung kommen können, ohne dass die Ausländerbehörden die üblichen Hindernisse in den Weg legen.

„Gemeinsam mit einer Vielzahl an Organisationen und engagierten Einzelpersonen fordern wir: ‚Bayern, zeig dich solidarisch!‘ Eine breite Zivilgesellschaft fordert von der Bayerischen Regierung, insbesondere dem Innen- und Integrationsministerium, eine angemessene und zügige Umsetzung der Forderungen,“ so Stephan Dünwald, Sprecher vom Bayerischen Flüchtlingsrat.

Bei Rückfragen und Interviewwünschen wenden Sie sich bitte an:

Stephan Dünwald | Bayerischer Flüchtlingsrat | Mobil: 0177 – 72 16 830